

*Reinalter, Helmut (Hg.): Politische Vereine, Gesellschaften und Parteien in Zentraleuropa 1815-1848/49.*

Lang, Frankfurt/Main u. a. 2005, 338 S. (Schriftenreihe der Internationalen Forschungsstelle Demokratische Bewegungen in Mitteleuropa 1770-1850, 38).

Der vorliegende Tagungsband behandelt die politische Rolle von Assoziationen in Zentraleuropa im Zeitalter der Restauration nach 1815. Dabei geht es in den Beiträgen, so der Herausgeber, um politische Aspekte, um die Ideologie der Vereine, ihre politischen Ziele, ihre Programmatik, Sozialstruktur, Organisationsform und Wirkung.

Die Vorgeschichte des Assoziationswesens im 18. Jahrhundert skizziert Otto Dann in einem fundierten Überblick der einzelnen Formen von den patriotischen Gesellschaften und Lesegesellschaften (der verbreitetsten Form in Deutschland) zu Geheimbünden, politischen Diskussionskreisen, studentischen Bewegungen und informellen Aktionsgruppen bis hin zu den national-politischen Unterstützungsvereinen. Ungeachtet aller Unterschiede erkennt Dann eine Reihe von übergreifenden Merkmalen: Träger der Assoziationen sind gebildete Bürger und Adelige, denen zudem bewusst war, eine neue Elite zu bilden. Ferner sind die Gruppierungen durch ihren Kooperationswillen mit dem Staat geprägt, Konfrontation findet man eher selten. Weitere Merkmale sind der hohe Grad formaler Organisation und ein „großes Ausmaß institutioneller Verankerung demokratischer Willensbildung“ (S. 43) sowie das Prinzip der Geheimhaltung. Die erste Phase von 1765 bis 1791 ist gekennzeichnet durch eine weitgehend ungestörte Gründung von Vereinsformen, ihre Ausweitung und schließlich Politisierung. Nach 1792 ist eine zunehmende Verunsicherung angesichts der Auswirkungen der Französischen Revolution zu beobachten, die sich in Verboten staatlicherseits und politischer Resignation in der Bevölkerung niederschlug. Ab 1807 kommt es zu einem erneuten Aufschwung im Rahmen des politisch-nationalen Aufbruchs der Opposition gegen Napoleon. Diese

Phase endet mit den Karlsbader Beschlüssen 1817. Zu Recht verweist Dann darauf, dass der Beginn der „politischen Organisierung in Deutschland“ somit vor 1848 liege (S. 46). Diese Einschätzung bestätigt Hans Fenske. Die Existenz miteinander konkurrierender Parteien ist schon um 1830 geläufig, nur noch nicht deren Benennung. Erst ab 1840 verfestigen sich Bezeichnungen wie „Konservative“, „Liberale“ und „Radikale“. Allerdings sorgt der „Zweite Bundesbeschluß über Maßregeln zur Aufrechterhaltung der gesetzlichen Ordnung und Ruhe im Deutschen Bunde“ seit dem 6. Juli 1832 für ein weitgreifendes Parteienverbot. „Alle Vereine, welche politische Zwecke haben, oder unter anderem Namen zu politischen Zwecken benutzt werden, sind in sämtlichen Bundesstaaten zu verbieten.“ (S. 298 f.) Dennoch kommt es zur Politisierung, insbesondere die Rheinkrise 1840 und das Jahr 1846 mit der Schleswig-Holsteinischen Frage stärken die Versammlungsbewegung.

Die weiteren Beiträge des Bandes widmen sich einzelnen Assoziationen in der Zeit der Restauration. Als eines der wichtigsten Beispiele können zweifellos die Turnvereine angesehen werden, die wie die Burschenschaften „von Anfang an organisierte Bewegungen“ mit dem „Anspruch auf politische Selbständigkeit“ und einem zunächst dezidiert anti-französischen Charakter nebst dem Anspruch auf öffentliches Auftreten darstellten. Jörg Schweigard arbeitet die ideologische Spaltung der Turner in „einen konstitutionellen und in einen demokratisch-republikanischen Teil“ heraus (S. 76), die der Bewegung von ihrer Entstehung an inhärent war, und zeigt dabei, dass die politische Haltung Jahns im Verlauf des Vormärz zunehmend als unzeitgemäß angesehen wurde. Helmut Asmus untersucht die Polenvereine nach 1830. Auffällig ist, dass in der Folge der Polenbegeisterung nach der gescheiterten Insurrektion gegen den Zaren die Karlsbader Beschlüsse zumindest kurzzeitig faktisch außer Kraft gesetzt wurden. Die liberale und demokratische Presse erlebte einen ersten großen Aufschwung, der Kampf der Polen wurde zum Vorbild der konstitutionellen Bewegung. Nach der Niederschlagung des Novemberaufstands folgte die polnische Migration ins französische Exil, in Österreich beispielsweise führte der Weg zahlreicher Polen durch Mähren und Böhmen. Hierbei stellt sich die Frage, inwieweit diese Begegnung mit den Polen zur Desillusionierung von Befürwortern des Panslawismus unter Slowaken und Tschechen beitrugen. Mit dem Bundesratsbeschluss vom 20. Juni 1833 begann die restaurative Gegenoffensive, in deren Folge sich die Polenvereine, die in Preußen und Österreich ohnehin untersagt waren, auflösten. „Es muß ihnen ein Ende gemacht werden,“ so Metternich, „Wenn es Polenkomitees gibt, kann es auch andere geben, und wohin soll das führen?“ (S. 195) Ihre Wirkung für die Politisierung in Deutschland ist somit aufgrund ihrer Zahl und geografischen Ausdehnung, der breiten sozialen Basis und der Tatsache, dass sie legal oder halblegal wirken konnten, von nicht zu unterschätzender Bedeutung.

Cornelia Foerster widmet sich dem „Preß- und Vaterlandsverein“ von 1832/33, einer Gesinnungsgemeinschaft in lockerer Organisation oppositioneller Kräfte auf überstaatlicher, nationaler Ebene, deren Zweck darin bestand, die freie Presse zu unterstützen. Der Schwerpunkt der Vereinstätigkeit lag in der bayerischen Rheinpfalz, das 1832 dort veranstaltete Hambacher Fest markiert ihren Höhepunkt. Der „Preß- und Vaterlandsverein“ wird als Übergangsform charakterisiert. Mit seinem in der Tradition der Aufklärungsgesellschaften verhafteten Bemühen um Legalität

wirkte er anachronistisch, was ihm beispielsweise den Spott Heinrich Heines einbrachte, während er andererseits als Vorform einer politischen Partei eindeutig modern war. Denn in den Versuchen, Netzwerke und neue Formen politischer Mobilisierung zu bilden, erkennt man – so Foerster – Anzeichen einer „neuen politischen Kultur der breiten öffentlichen Partizipation“ (S. 215).

Wolfgang Häußler widmet sich den spezifischen Bedingungen in der Habsburgermonarchie, wo das „als Mehrheitsprinzip definierte formale Verfahren der politischen Demokratie [...] mit der fundamentalen Forderung nach Gleichberechtigung der Sprachen und Volksstämme, der nationalen Kulturen“ (S. 318) konfrontiert wurde. An den Beispielen Ernst von Violand, Andreas von Stifft und Hermann Jellinek geraten die Diskussionen um die soziale Frage sowie der Demokratische Verein in den Blick. Ein weiterer österreichischer Beitrag stammt schließlich von Dušan Uhlř, der einen landwirtschaftlich orientierten Verein, die Mährisch-Schlesische Ackerbaugesellschaft, untersucht.

Die Tätigkeit von Vereinen bildet, so hat es Miroslav Hroch kürzlich formuliert, ein erstes Symptom einer sich formierenden Öffentlichkeit in der Zeit der Restauration. Diese Einschätzung unterstreichen die Beiträge allemal.